

## INTERGLOBAL

VENEZUELA

# Am Scheideweg

Wolf-Dieter Vogel

**In Venezuela wird per Volksentscheid über eine Verfassungsreform abgestimmt. Stärker als zuvor melden sich Politiker und Organisationen mit Kritik zu Wort, die Präsident Chávez bislang freundlich gesonnen waren.**

Wer nicht dafür stimmt, ist ein „Feigling“, ein „Deserteur“ oder ein „Verräter“. So zumindest bezichtigte der venezolanische Präsident Hugo Chávez Abtrünnige aus den eigenen Reihen, die sich in den letzten Wochen kritisch zur geplanten Verfassungsreform im Land äußerten. Etwa den General a.D. Raúl Isaías Baduel. Noch bis vor wenigen Monaten war der ehemalige Fallschirmspringer Außenminister von Venezuela, Anfang November hat er nun das von Chávez initiierte Projekt als „Staatsstreich“ bezeichnet. Die Verfassungsreform raube den Bürgern ihre Rechte und verleihe der Regierung eine unkontrollierbare Macht, erklärte Baduel, der lange Jahre zu den engsten Vertrauten des Staatsschefs zählte. Ähnlich kritisch äußerte sich der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Podemos Ismael García. „Die Reformen müssen von der Gesellschaft ausgehen, nicht vom Staat“, kritisierte er. Die neun Podemos-Abgeordneten haben als einzige im ausschließlich von Chávez-Anhängern besetzten Kongress gegen den Verfassungsentwurf gestimmt, über den die Bevölkerung am kommenden Sonntag in einem Referendum befinden soll.

Verliert Venezuelas „Bolivarische Revolution“ und deren wichtigster Protagonist an Zustimmung? Mit der Volksabstimmung vom 2. Dezember steht die Politik von Chávez erneut auf den Prüfstand: 69 der insgesamt 350

Artikel der Verfassung sollen modifiziert werden, 33 Änderungsvorschläge hat der Staatsschef eingebracht, 36 weitere stammen vom Parlament. Doch stärker als zuvor melden sich Politiker und Organisationen mit Kritik zu Wort, die dem linken Staatsschef bislang freundlich gesonnen waren. Das ist auf den ersten Blick verwunderlich, schließlich zielt die Reformierung der Verfassung auf eine Stärkung sozialistischer und emanzipatorischer Inhalte. Männer und Frauen sollen künftig in politisch repräsentativen Posten paritätisch vertreten sein, der Diskriminierung von Menschen wegen körperlicher Behinderungen, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung will man entschieden entgegengetreten. Die Reform soll zudem eine soziale Absicherung für informell Arbeitende wie Taxifahrer oder Straßenhändler und eine maximale Arbeitszeit von 36 Wochenstunden garantieren. Kooperativen und kollektive Eigentumsverhältnisse sollen gefördert, Großgrundbesitz und Monopolbildung verboten werden. Überzeugte Chavisten und deren konservative oder liberale Gegner sind sich einig: die neue Verfassung verwandelt Venezuela in einen sozialistischen Staat. Die Eigentumsverhältnisse sollen zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, neben privatem aber auch öffentliches und kollektives Eigentum sowie Mischformen verfassungsrechtlich festgeschrieben werden.

Dass also Unternehmer, Medienkonglomerate, die katholische Kirchenhierarchie oder wohlhabende Studenten für ein „Nein zur Verfassungsreform“ mobilisieren, ist naheliegend. Sollte das Paket angenommen werden, würden sie eine ganze Reihe von Privilegien verlieren, während die Ar-

beitsbevölkerung deutlich mehr Rechte genießen würde.

Mit Leuten wie dem General a.D. Baduel und dem Abgeordneten der Podemos-Partei hat die bürgerliche Opposition nun eine unerwartete Unterstützung von links bekommen, und während Chávez in den letzten Jahren bei solchen Machtpöben immer deutlich vorne lag, versprechen Meinungsumfragen jetzt, je nach politischer Couleur, beiden Seiten einen knappen Sieg. Da Teile der Opposition zum Boykott, andere zur Teilnahme am Referendum aufrufen, steigt allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mehrheit für die Reform zustandekommt.

**Überzeugte Chavisten und deren konservative oder liberale Gegner sind sich einig: die neue Verfassung verwandelt Venezuela in einen sozialistischen Staat.**

Trotz der von vielen Linken positiv gewerteten Aspekte des Verfassungsprojekts herrscht Skepsis. Was bedeutet eine weitere Machtkonzentration beim Präsidenten? Wird die Gesellschaft zunehmend militarisiert? Drohen Menschenrechtsvergehen? Mitte November hat das Menschenrechtsbündnis „Forum für das Leben“ in einer Klage vor dem Obersten Gerichtshof beantragt, dass das Referendum ausgesetzt wird. Die 15 beteiligten Organisationen verweisen darauf, dass sie an der von der Chávez-Regierung geförderten Verfassungsgebenden Versammlung von 1999 mit-

gearbeitet hätten. In einer „offenen, pluralistischen und demokratischen“ Diskussion seien damals 90 Prozent der aus ihrem Spektrum vorgeschlagenen Punkte aufgenommen worden. Der jetzige Vorschlag sei jedoch kein Ergebnis von Debatten, moniert der Podemos-Abgeordnete Juan José Molina. „Es stimmt nicht, dass die Leute konsultiert wurden.“ Forum-Sprecher Carlos Ayala Corao spricht von einem „Abbau der Menschenrechte, die in der Magna Carta von 1999 festgeschrieben wurden“. Das Bündnis kritisiert die geplanten Notstandsgesetze, da dort verfassungsmäßig garantierte Rechte wie die Informationsfreiheit ausgehebelt würden. Außerdem seien keine zeitlichen Vorgaben über den Ausnahmezustand festgelegt, folglich könne dieser unendlich lange dauern. Auch werde dem Parlament die Möglichkeit genommen, ein entsprechendes Dekret wieder aufzuheben. Verantwortlich für die Ausrufung des Notstands ist allein der Präsident. So sieht es die Verfassung vor.

Auf Kritik stößt auch das Konzept der „Volksmacht“. Diese entsteht, so das Reformpapier, „weder durch Wählerstimmen noch durch irgendeine Wahl, sondern aus den Erfordernissen organisierter Gruppen aus der Bevölkerung“. Kommunale Versammlungen - „Asambleas“ - und Räte sollen als Entscheidungsinstanz festgeschrieben und gestärkt werden. Doch was als basisdemokratischer Ansatz daherkommt, bringt eine Reihe von Gefahren mit sich. In den Versammlungen werde das Recht auf geheime, freie und individuelle Wahlen umgangen, erklärt das Forum. Die Menschenrechtler befürchten, dass die Beteiligten dem Druck der auf den Asambleas dominierenden boli-